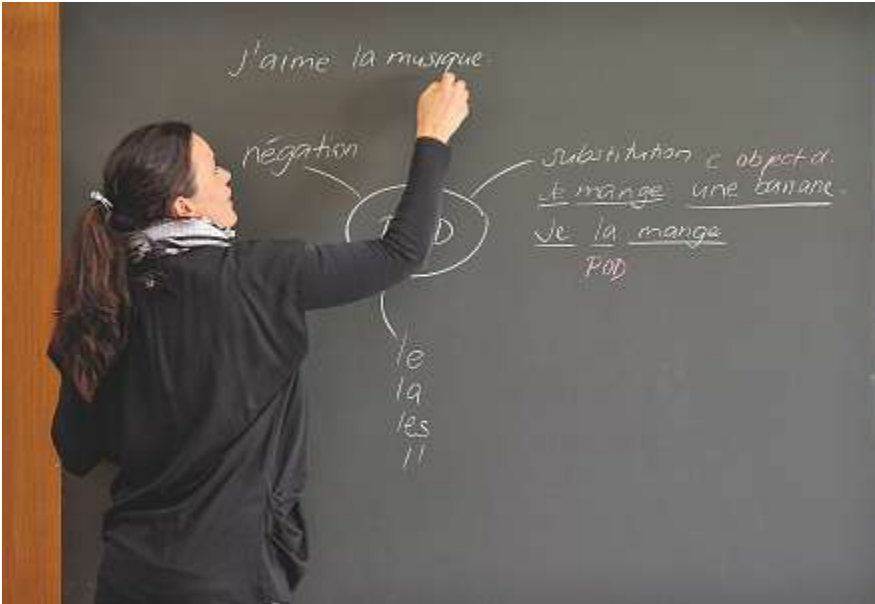


## Schlecht eingeführte Reformen sind gescheiterte Reformen



Der Lehrplan 21 sieht durchgehenden Französischunterricht bis in die Oberstufe vor. Hier muss der Aargau – vor allem an der Real – nachziehen. Foto: Simon Ziffermayer.

**Einführung Lehrplan 21.** Die heutigen Aargauer Stundentafeln erfüllen die Vorgaben des Lehrplans 21 (LP 21) bei Weitem nicht. Die Lektionenzahl muss entsprechend aufgestockt werden, was nicht kostenneutral realisiert werden kann. Sollte dies auf Kosten der ungebundenen Lektionen gehen, kann der alv die Einführung des neuen Lehrplans nicht unterstützen.

Mit den aktuellen Stundentafeln haben die Aargauer Schülerinnen und Schüler, mit total 156 Wochenlektionen über sechs Primarschuljahre, vergleichsweise wenig Unterricht. Solothurner Primarschülerinnen und -schüler haben 163 und Basel-Städter sogar 170 Wochenlektionen Unterricht. Gegenüber den Primarschülerinnen und -schülern aus Basel-Stadt besucht jedes Aargauer Primarschulkind total 546 Unterrichtslektionen weniger. Der LP 21 geht von einem Durchschnitt von 167 Wochenlektionen aus. Die aktuelle Aargauer Stundentafel muss, damit sie die Vorgaben erfüllt, deshalb zwingend aufgestockt werden. Das geht nicht ohne zusätzliche finanzielle Ressourcen. Auf der Oberstufe haben wir vor allem in der Realschule sehr tiefe Lektionenzahlen. Mit total 82 obligatorischen Wochen-

lektionen liegen wir auch hier meilenweit von unseren Nachbarkantonen und den Vorgaben des Lehrplans 21 (99 bis 105 Wochenlektionen) entfernt. Offenbar wollte man früher die schwächsten Schülerinnen und Schüler nicht mit viel Unterricht belasten.

Vor allem die Bedeutung des Französischunterrichts wurde noch vor wenigen Jahren tiefer eingestuft, sodass Realschülerinnen und -schüler heute mit nur einem Jahr obligatorischem Primarschul-Französisch aus der Schule entlassen werden. Der Lehrplan 21 hingegen sieht durchgehenden Unterricht in Französisch und Englisch vor.

Wollen wir den Lehrplan einführen, werden wir auch auf der Oberstufe die Stundentafeln ausbauen müssen. Ohne zusätzliche Finanzen wird dies im von der EDK vorgesehenen Rahmen nicht möglich sein.

Die Berufszufriedenheitsstudie des LCH aus dem Jahre 2014 zeigte für den Kanton Aargau im Bereich «Einführung von Reformen» alarmierend tiefe Werte. Die Steuerung durch den Kanton und die fehlenden Ressourcen wurden dabei am schlechtesten bewertet. Schlecht eingeführte Reformen sind gescheiterte Reformen.

Der alv erwartet, dass aus der schlechten Bewertung die notwendigen Lehren gezogen werden – er wird eine kostenneutrale Einführung des Lehrplans mit den ausgebauten Stundentafeln auf keinen Fall akzeptieren. Die Schule ist nach den wiederholten Abbaumassnahmen der letzten Jahre ausgepresst, mehr Schülerlektionen ohne entsprechende, zusätzliche Ressourcen sind nicht mehr möglich.

Sollte der Regierungsrat die zusätzlichen Lektionen auf Kosten der ungebundenen Lektionen einführen wollen, würde damit eine rote Linie überschritten. Der alv, der sich inhaltlich entschieden hinter den Lehrplan 21 stellt und eine Harmonisierung klar befürwortet, würde diese Art der Umsetzung ebenso entschieden ablehnen und könnte sie auf keinen Fall mittragen.

Zwar steigen im Kanton Aargau die Bildungsausgaben, die Ausgaben pro Schülerin und Schüler aber sind in den letzten Jahren gesunken. Die Mehrausgaben sind auf das Bevölkerungswachstum und die damit verbundenen steigenden Schülerzahlen zurückzuführen. Die Bildung hat mit den wiederkehrenden Abbaurunden ihren Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts längst geleistet. Die 50 000 Unterschriften für die Petition im vergangenen Sommer, die gut 8000 Personen, die sich im letzten November zur Protestkundgebung in Aarau versammelt haben, und die wiederholte Ablehnung der Abbauvorlagen an der Urne sprechen eine deutliche Sprache: Eine gute Bildung ist den Aargauerinnen und Aargauern wichtig, ein weiterer Abbau ist im Kanton mit den schweizweit tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben nicht mehrheitsfähig.

Elisabeth Abbassi, Präsidentin alv